



An die Medien

DV 2021: Klimapolitik mit Wirkung statt teures CO2-Gesetz

Der Schweiz. Nutzfahrzeugverband ASTAG will die Umwelt- und Klimabilanz im Strassentransport weiter verbessern. Die diesjährige DV in Anwesenheit von Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat dazu einstimmig eine Resolution «Klimapolitik mit Wirkung» verabschiedet. Das Ziel ist, die Treibhausgasemissionen der Branche mit freiwilligen Massnahmen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 sowie langfristig signifikant zu reduzieren.

Der Güter- und Personentransport auf der Strasse ist schon heute sauber unterwegs. Dank laufender Modernisierung der Fuhrparks werden bereits über 94 Prozent der Tonnenkilometer mit modernsten Nutzfahrzeugen der EURO-Normen 5 und 6 zurückgelegt. Auch sind zunehmend LKW mit alternativen Antriebsformen (Elektro, Wasserstoff, CNG/LNG, Biogas) im Einsatz. Als positives Ergebnis ist der Schadstoffausstoss auf nahezu Null gesunken. Der Anteil des Schwerverkehrs an den gesamten CO₂-Emissionen der Schweiz beträgt nur knapp 5 Prozent.

Als nächsten Schritt setzt der Schweizerische Nutzfahrzeugverband ASTAG auf eine verstärkte Initiative des Strassentransportgewerbes zugunsten von Umwelt und Klima. An der Delegiertenversammlung 2021 – erstmals in der Verbandsgeschichte virtuell durchgeführt – wurde daher einstimmig eine Resolution «Klimapolitik mit Wirkung» verabschiedet. Die ASTAG und ihre Mitglieder bekennen sich damit klar zur weiteren Verbesserung der Emissionswerte im Strassentransport. «Unsere Branche hat mit freiwilligen Investitionen in Milliardenhöhe zur Modernisierung der Fahrzeugflotten schon bisher enorm viel für möglichst ökologische Transporte getan», betonte ASTAG-Zentralpräsident und Ständerat Thierry Burkart gegenüber Bundesrätin Simonetta Sommaruga, die eine Grussbotschaft überbrachte, sowie rund 120 Delegierten: «Jetzt verstärken wir unser gemeinsames Engagement!»

Mit wirksamen Massnahmen zum Erfolg

Das konkrete Ziel ist, die Treibhausgasemissionen im Güter- und Personentransport auf der Strasse vorerst bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 und langfristig signifikant zu reduzieren. Das Mittel sind vernünftige, sinnvolle und effektive Massnahmen auf freiwilliger Basis. Nach dem Prinzip der Selbstverpflichtung sollen CO₂-Einsparungen im Fahrzeugbereich (alternative Antriebe), beim Treibstoffverbrauch (EcoDrive, Fahrassistenzsysteme), der Auftragsausführung (Optimierung von Tourenplanung und Auslastung) und der Infrastruktur (z.B. Energie durch Fotovoltaik) erreicht werden. Die Resolution wird per 1. Juni 2021 in Kraft gesetzt. Thierry Burkart ist zuversichtlich, dass die Branche damit einen wichtigen und wirksamen Beitrag zugunsten von Umwelt und Klima leisten wird: «Wir handeln aktiv und mit Erfolg – während sich andere Kreise darauf beschränken, den Strassentransport völlig unberechtigt an den Pranger zu stellen!»

Hingegen sagt die ASTAG klar Nein zum CO2-Gesetz in der Volksabstimmung vom 13. Juni 2021. Die Vorlage ist ohne jeden Nutzen, bringt aber zugleich massive Kosten zulasten von Wirtschaft und Bevölkerung mit sich. Vor allem sollen Gelder, die vor erst vier Jahren, am 12. Februar 2017, vom Volk für den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF reserviert wurden, in einen neuen Subventionstopf unter dem Titel «Klimafonds» abgezweigt werden. Die ASTAG spricht sich klar gegen diese Zweckentfremdung aus.

Wahlen in den Verwaltungsausschuss

Unter den ordentlichen Traktanden der diesjährigen Delegiertenversammlung wurden Richard Huber und Nils Planzer in den Verwaltungsausschuss der ASTAG wiedergewählt.

Weitere Informationen:

André Kirchhofer
031 370 85 21

Bern, 6. Mai 2021